

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 2 M., durch unsere Kurierboten zugetragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Debitoren und Postboten sowie unsere Kurierboten und Geschäftsführer nehmen leibhaftig Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Insertionspreis 2 M. für die 6 geliebte Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2 spaltige Korpuszeile 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (zur Zeit Behörden) die 2 geliebte Korpuszeile 2 M. Nachweisungsgebühr 2 M. Angelegenheiten bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenbesteller erhält, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Ersteilung seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 77.

Donnerstag / Freitag 3. / 4. Juli 1923.

## Ämtlicher Teil.

### Allgemeine Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt.

Auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 9. Juni und 22. Juni 1923 hat der Kassenvorstand den Höchstgrundlohn auf 53 300 M. erhöht, dementsprechend die 16. Lohnstufe abgeändert und 12 weitere Lohnstufen angefügt:

Stufe	wöchentlich bis	monatlich bis	Grundlohn	Wochenbeitrag	Abzug
16	105 000,—	450 000,—	13 900,—	6 327,—	4 218,—
17	121 800,—	522 000,—	16 200,—	7 371,—	4 914,—
18	140 000,—	600 000,—	18 700,—	8 511,—	5 674,—
19	159 600,—	684 000,—	21 400,—	9 738,—	6 492,—
20	180 600,—	774 000,—	24 300,—	11 058,—	7 372,—
21	203 000,—	870 000,—	27 400,—	12 468,—	8 312,—
22	226 800,—	972 000,—	30 700,—	13 971,—	9 314,—
23	252 000,—	1 080 000,—	34 200,—	15 561,—	10 374,—
24	278 600,—	1 194 000,—	37 900,—	17 247,—	11 498,—
25	306 600,—	1 314 000,—	41 800,—	19 020,—	12 680,—
26	336 000,—	1 440 000,—	45 900,—	20 886,—	13 924,—
27	366 800,—	1 572 000,—	50 200,—	22 842,—	15 228,—
28	über 366 800,—	über 1 572 000,—	53 300,—	24 252,—	16 168,—

Obige Aenderung tritt mit dem 2. Juli 1923 in Kraft.

Die Verdienste derjenigen Versicherten, die die bisherige höchste Verdienstgrenze übersteigen, sind innerhalb einer Woche neu zu melden.

Wilsdruff, am 3. Juli 1923.

Der Kassenvorstand.

Paul Neumann, Vorsitzender.

Die von den Obergewerksämtern in Nr. 255 der Sächs. Staatszeitung vom 30. Oktober 1922 bekanntgegebenen Ortslöhne und der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst sowohl der landwirtschaftlichen als auch der forstwirtschaftlichen Arbeiter sind mit Wirkung vom 2. Juli 1923 erhöht worden. Ortslöhne auf den 20., Jahresarbeitsverdienst auf den 22fachen Betrag. Die Ortspreise für den Wert der Sachbezüge, auch für die Angestelltenversicherung, werden mit Wirkung vom gleichen Tage ab verdreifacht und die Deputate verdoppelt — Sächs. Staatszeitung Nr. 148 bez. 150 —.

Ferner wird bekanntgegeben, daß die Städte Lommahsch, Rössen und Wilsdruff für die Einteilung der Orte in Ortsklassen — bisher Ortsklasse II — der Ortsklasse I zugeteilt worden sind. 50. L., 10. O. P. und 3 J. A. V. XIa.

Meißen, Lommahsch, Rössen, Wilsdruff, am 30. Juni 1923.

Die Gewerksämter der Amtshauptmannschaft Meißen und der Städte Meißen, Rössen, Lommahsch und Wilsdruff.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr anzugeben.

### Kleine Zeitung für einige Leser.

\* Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium haben zu dem Resultat geführt, daß zukünftig ein Wochenindex statt des bisherigen Monatsindex bekannt gemacht werden soll.

\* Die Verkehrssperre der Franzosen im Ruhrgebiet hat Tausende von Menschen obdachlos und verpflegungslös auf die Straße geworfen.

\* Französische Truppen sind über die bisherige Befehlsgrenze vorgerückt und bedrohen die Stadt Frankfurt a. M.

\* Aus London wird gemeldet, das Außenministerium habe eine offizielle Mitteilung erhalten, die französische Antwort auf die britische Frageliste über den Ruhrkonflikt sei auf dem Wege von Paris nach London.

\* In London ist der 13. Internationale Schiffsahrtkongress eröffnet worden.

### Ausgleich?

Zu den Beratungen über die Schaffung eines wertbeständigen Lohnes und der Bestimmung eines den wirklichen Verhältnissen entsprechenden Index wird uns von sachverständiger, für einen möglichen Ausgleich eintretender Seite geschrieben:

Im Reichsarbeitsministerium gehen unablässig die Verhandlungen über die Regelung der Lohnfrage weiter und haben jetzt zu dem Resultat geführt, daß aus den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Vorsitz eines Mitgliedes des Reichsarbeitsministeriums eine kleine Kommission eingesetzt worden ist, die endgültige Vorschläge auszuarbeiten soll. In der Hauptsache drehen sich die Beratungen um die Frage der Lohnanpassung.

Es ist ziemlich unbekannt, daß sich in Österreich bereits das Experiment einer Umgestaltung des Lohnes durch die Einführung eines sog. Lohnindex vorfindet, und vor kurzem hat auf einer Tagung der österreichischen Gewerkschaften eine Untersuchung darüber stattgefunden, wie sich die jetzigen Arbeiterlöhne in Goldwert umgerechnet zu den Friedenslöhnen verhalten. Dabei sind eigenartige Dinge zutage gekommen: So haben beispielsweise die Stepperrinnen ihren Friedenslohn um 14 % überschritten, während Buchbinder und Buchdrucker nur die Hälfte ihres Friedenslohnes erreicht haben. In allen Branchen haben wir die auch bei uns ganz allgemein gewordene Erscheinung, daß die ungelerten und angelernten Arbeiter prozentual eine weit stärkere Lohnsteigerung erlitten haben, mitunter fast bis zur Höhe der Friedenslöhne aufgestiegen sind, während die gelerten Arbeiter dahinter zurückblieben. Nicht minder bezeichnend ist, daß z. B. in einzelnen Fällen Angestellte 60 % des Goldwertes ihres Friedensgebühles beziehen, während die Löhne Tagelöhner sich auf 73 % des Friedenswertes stellen.

Gewiß hat der in Österreich durchgeführte Grundsatz des Lohnes nach der Indexsteigerung die österreichische Arbeiterschaft vor einem weiteren Herabgleiten ihres Reallohnes (Goldwert oder Friedenslohn) beim Sturz der Krone geschützt, aber, so merkwürdig es klingen mag, hat gerade der Grundsatz des Indexlohnes dazu mit beigetragen, daß die Krone sank. Wenn der Lohn- und Gehaltsempfänger weiß, daß mit dem Sinken der Währung und dem Anziehen der Preise von selber auch sein Lohn und Gehalt steigt, so verliert er an Interesse, sich für die

Stabilisierung der Währung einzusetzen. Was ist psychologisch durchaus verständlich und deshalb der Lohnindex nach einer Richtung hin auch zu begrüßen, weil der Zahlentausch dann nicht mehr so stark wie bisher die Sinne umnebelt, das Geld wieder zu dem gemacht wird, was es ist, nämlich zum bloßen Tauschmittel. Aber auf der anderen Seite hat die rein finanztechnische Maßnahme des Lohnindex und die Gleichgültigkeit gegen die Währungsstabilisierung die Gefahr im Gefolge, daß der Blick für jene Seite verfliehet wird, von der allein ein wirtschaftlicher Wiederaufbau möglich ist: daß nämlich eine wirkliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse gar nicht von der währungs- oder finanztechnischen Seite her erfolgen kann, sondern lediglich von der Seite der Produktionsvermehrung. Aus diesem Grunde sind übrigens bekannte Fachleute gegen unsere Marktstützungssaktion gewesen, weil diese mit rein finanziellen Mitteln arbeitete und daher dem deutschen Volkswirtschaftler unwillig für die Aufnahme der Medizin machte, die uns helfen kann, nämlich die zwingende Notwendigkeit der Produktionsförderung.

Die Verhandlungen über den Lohnindex laufen übrigens schon eine ganze Zeit, weil man sich vorläufig noch gar nicht darüber im klaren ist, welcher Index zur Erhaltung der Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter gewählt werden soll. Das eine ist sicher, daß der Reichsindex so, wie er jetzt ist, dafür vollkommen unbrauchbar ist. Er wird bekanntgegeben zehn Tage nach Monatsende und bezieht sich auf den Monatsdurchschnitt. Wir kennen z. B. am heutigen Tage lediglich den Mailindex und die Preise haben sich seitdem vervielfacht. Die „Industrie- und Handelszeitung“ gibt einen Wochenindex heraus, der wenige Tage nach Wochenabschluss herauskommt und infolgedessen sehr viel brauchbarer ist. Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium hat man sich nun dahin einigt, daß der Reichsindex nach zwei Richtungen hin reformiert werden muß: Einmal soll er zu einem Wochenindex umgestaltet werden, der bis spätestens den folgenden Mittwoch jeder Woche bekanntgemacht werden soll, und zweitens soll er eine ganze Reihe von Kulturwerten, die vorläufig ausgeschaltet sind, mit umfassen.

Weiter ist vorgeschlagen, als Index den Goldzoll-ausschlag oder den Geldwertwertungsindex nach Dollarstand einzusetzen. Die Differenzen sind ganz gewaltig. So beträgt beispielsweise der Lebenshaltungsindex der „Industrie- und Handelszeitung“ für die letzte Juniwoche das etwa 8900fache, das Goldzollausgeld das 24 000fache und der Geldwertwertungsindex das 33 000fache. Beim Lebenshaltungsindex spielen nämlich die Reste der Zwangswirtschaft, also Brotversorgung und namentlich Wohnungswesen, für seine Niedrighaltung eine Rolle, so daß es vielleicht zweckmäßig wäre, aus den drei angeführten einen Mittelweg zu wählen. In der Differenz jenes Lebenshaltungsindex und des Geldwertwertungsindex kommt übrigens in drastischer Form der Unterschied zwischen dem äußeren und dem inneren Kaufwert der Mark zum Vorschein. Dinge man nun einfach dazu über, statt des Indexlohnes den Goldlohn einzusetzen, so wäre damit naturgemäß die Papiermark als Währung endgültig abgelehnt.

Selbstverständlich werden, auch wenn man zu einer Einigung über den Index kommt, damit Lohnsteigerungen nicht aufhören. Sie haben nur ein anderes Ziel: man erkämpft durch sie nämlich dann die Erhöhung des Grundlohnes. Nicht mit Unrecht wird bei den Ausde-

anerziehungen über diese schwierige Augenblicksfrage betont, daß der Lohn nichts anderes ist als ein Teil des Produktionssertrages, der sich in seiner Gesamthöhe nach der Gesamthöhe der Produktion richtet. Da die jetzige deutsche Produktion aber nicht auf der Höhe der Produktion von 1913 steht, so müsse sich die Verminderung auch bei der Lohnbemessung geltend machen. Das ist richtig, eine andere Frage aber bleibt, ob allein der Lohn diese Verminderung zu tragen habe, um die Erzeugung konkurrenzfähig zu halten und ob nicht auch die Gewinnquote (gleichgültig, ob Hersteller, Handels- oder Spekulationsgewinn) an den erzeugten Waren sich eine entsprechende Schwächung gefallen lassen muß, um den Ausgleich zwischen der bisher ungemessen fortschreitenden Warenpreiserhöhung und dem Entgelt für geleistete Arbeit herbeizuführen. Dieser den Möglichkeiten angepaßte Ausgleich ist aber der Sinn aller notwendigen Bestrebungen in dieser Frage, soll anders eine Beruhigung eintreten.

### Zwischen Paris und London.

Schriftliche oder mündliche Antwort?

Man kann über das etwas unklare, aber ziemlich erregte Hin und Her der Meinungen, Wünsche und verheißenen Drohungen, die in diesen Tagen zwischen London und Paris gewechselt wurden, noch kein sicheres Urteil gewinnen, weil natürlich keiner der beiden Partner seine Karten aufdeckt. So darf es nicht weiter verwunderlich erscheinen, wenn London nach mehreren recht entschiedenen Erklärungen auf einmal verhalten läßt, es komme durchaus nicht darauf an, daß Paris eine schriftliche Antwort auf den englischen Fragebogen erteile (die man vorher kategorisch verlangt hatte), sondern maßgebend sei nur der Inhalt, und im übrigen würden die Verhandlungen im freundschaftlichen Geiste fortgeführt. Ein Pariser Blatt will wissen, daß man sich französischerseits entschlossen habe, einer

französisch-britischen Zusammenkunft

zuzustimmen. Man wolle zuerst Sachverständige nach London schicken, die dann zu einer Aussprache zwischen Poincaré und Baldwin führen sollten. Poincaré sei offenbar besorgt wegen der nervös gewordenen Stimmung im Parlament. Die englische Presse spricht davon, es seien zwischen Paris und London bereits verschiedene Möglichkeiten erörtert worden. Die eine sei, daß Großbritannien und alle Alliierten, die sich ihm anschließen, sowie Deutschland eine internationale Kommission zur Festsetzung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit ernennen würden. Von dem so festgelegten Betrag würde Großbritannien dann seinen Anteil von 22 % erhalten. Es könne sogar sein, daß der internationale Gerichtshof eingeladen werden würde, gewisse Bestimmungen des Vertrages von Versailles autoritativ ausulegen. Ferner würden andere Erwägungen finanzieller Art ins Auge gefaßt werden.

Englische Befürchtungen.

„Daily Chronicle“ weist in einem Zeitartikel anfänglich des angeblichen Aitennis auf den belgischen Militärtransport auf die Gefahr des Ausbruchs eines Guerillakrieges im besetzten Gebiet hin. Das Blatt betont, daß die große Mehrzahl der deutschen Bevölkerung nicht für einen aktiven, sondern für einen passiven Widerstand sei, und spricht die Hoffnung aus, daß die Bewohner des Ruhrgebiets nicht in